



HESSISCHER LANDTAG

13. 06. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD betreffend echte Schulsozialarbeit ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die vom Landtag im Januar 2018 für unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS) zur Verfügung gestellten Stellen den Herausforderungen einer zukunftsfähigen, flächendeckenden Schulsozialarbeit nicht gerecht werden. Diese 700 neuen Stellen für die sozialpädagogische Arbeit vorrangig an Grundschulen bedeuten zwar eine Entlastung des derzeitigen Lehrpersonals, ersetzen allerdings keine echte Schulsozialarbeit.
2. Der Landtag kritisiert bezugnehmend auf den offenen Brief der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Hessen, dass UBUS inhaltlich nicht ausreichend zu bestehenden Angeboten abgegrenzt wurde. UBUS als Teil des schulischen Systems kann den Blick von außen, der für Schulsozialarbeit wichtig ist, nicht leisten.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die inhaltliche Konzeption und die Finanzierung des Programms UBUS seitens der Landesregierung nur unzureichend mit Fachverbänden und Kommunen abgestimmt wurden.
4. Der Hessische Landtag mahnt an, dass das Land Hessen mit seinem Rückzug aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit im Jahr 2015 und der Einrichtung der 700 UBUS-Stellen in schulischer Trägerschaft seiner Gesamtverantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe nicht gerecht wird.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich im Dialog mit den Hochschulen durch zusätzliche Mittel die Ausbildungskapazitäten für sozialpädagogische Fachkräfte zu erhöhen, um schnellstmöglich dem gestiegenen Bedarf an Fachpersonal gerecht zu werden und einem Verdrängungswettbewerb insbesondere auf Kosten freier Träger entgegenzuwirken.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Gesamtkonzeption zur Schulsozialarbeit in Hessen vorzulegen. Diese Konzeption sollte einen konkreten Finanzierungsvorschlag beinhalten. Ob eine Drittfinanzierung von Schulsozialarbeit, wie sie in anderen Bundesländern - etwa Bayern und Baden-Württemberg - umgesetzt wird, oder der Finanzierungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahr 2009, der auf einem Versprechen des ehemaligen Kultusministers Banzer (CDU) zur Drittfinanzierung aufbaute, als Grundlage dienen könnte, soll geprüft werden. Die Konzeption sollte in enger Kooperation mit Fachverbänden und zuständigen kommunalen Spitzenverbänden ausgearbeitet werden. Die in der Antwort zum Dringlichen Berichtsantrag der SPD betreffend Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften an Hessens Schulen (Drucksache 19/6216) fehlenden statistischen Angaben in Bezug auf Schulsozialarbeit und unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung (USF) sollen hierfür zeitnah als Planungsgrundlage bei den zuständigen kommunalen Stellen und den staatlichen Schulämtern eingeholt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. Juni 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel